

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsdienst wird in allen Postämtern erbracht

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreise monatl. (bei Post 2,50 M., halbjährlich 1,25 M., durch die Post bezogen monatl. 2,20 M.) ohne Zustellungsgebühr / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Oberbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-2, Oberbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Druck: Druckerei „Arbeiterstimme“ Dresden / Oberstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

5. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 21. Februar 1929 Nummer 44

Demonstrationsverbote am 1. Mai?

Ein neuer Börgiebel-Schandfisch!

Verbot von Arbeiterumzügen am 18. März und 1. Mai in Berlin!

Berlin, 21. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der Kommunistischen Partei hatte dem Polizeipräsidenten Börgiebel mitgeteilt, daß sie wie üblich auch dieses Jahr am 18. März die Arbeiterhöfe zu Demonstrationen nach den Gräbern in Friedrichshagen aufzurufen wird. Darauf hat Börgiebel eine Antwort erteilt, die keinen Zweifel darüber läßt, daß nicht nur die traditionelle Demonstration am 18. März, sondern auch der Auszug am 1. Mai verboten werden soll. In seinem Schreiben an den Vorsitz der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten u. a.: „Aus dem Schreiben erwidere ich, daß ich gegen eine Erinnerungsgfeier für die Märzgefallenen des Jahres 1848 an den Gräbern in Friedrichshagen am 18. März keine Bedenken habe. Auch gegen das Mitführen von Kränzen habe ich Bedenken nicht zu erheben. Dagegen ist es in Friedrichshagen entzogen worden, Delegationsen, die einzeln erscheinen und einzeln abgehen müssen, dürfen nicht härter als 4 Personen sein. Das von mir erteilte Verbot für Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge ist noch nicht aufgehoben.“

Börgiebel beschließt aber mehr. Er hat die eiserne Stirn, auch die 1. Mai-Demonstration verbieten zu wollen. Die SPD-Führung ist davon bereits unterrichtet und hat bereits eine Reihe von Fällen gemeldet, um dort ihre Mitarbeiter zu unterstützen. Die Note Börgiebel betont demgegenüber, daß die Arbeiterhöfe am 1. Mai trotz und gegen Börgiebel auf der Straße aufzurufen werden.

Diese neue Spitzenleistung eines sozialdemokratischen Polizeipräsidenten stellt vieles in den Schatten, was bisher als Markstein reaktionärer Machtpolitik betrachtet wurde. Aber der Vorgang beleuchtet gleichzeitig die ganze innenpolitische Situation, die in ihrer ganzen Gefährlichkeit zu übersehen, ein großer Teil der deutschen Arbeiterklasse nach verabsäumt. Das ist die, durch keinerlei Vorfälle gerechtfertigte Demonstrationsverbot für Arbeiter in Berlin ist nur der Ausdruck für den gesamten Unterdrückungskurs der deutschen herrschenden Klasse. Daß es gerade Sozialdemokraten sind, die dem neudeutschen Imperialismus über die durch die inneren Widersprüche seiner Entwicklung immer stärker auftretenden Gegensätze mit brutaler Waffengewalt hinwegzuhelfen versuchen, ist symptomatisch für den sozialimperialistischen Kurs der gesamten Sozialdemokratischen Partei. Die Abwägung entscheidender Wirtschaftskämpfe, der Terrorkurs der Reformisten in den Gewerkschaften und dieses freche Demonstrationsverbot durch einen sozialdemokratischen Staatsfunktionär, der auch noch das Gewerkschaftsbuch in der Tasche tragen darf, all das liegt in derselben Linie. Gleichzeitig aber sollen durch die Anwendung dieser Methoden die sozialdemokratischen Regierungsmänner, jene Judas der Gewerkschaften und jene Schrittmacher der Aktion zu Wasser und zu Lande von dem Druck entlastet werden, den das nicht so launigbedürftige Proletariat der Reichshauptstadt auszuüben beginnt. Ist es doch mehr als offensichtlich, daß der Einfluss der Sozialdemo-

kratie in Berlin katastrophal zurückgeht, während die Kommunistische Partei entgegen allen lächerlichen Lügenmeldungen gerade in Berlin Position auf Position neu erobert.

Auch hierbei kennen diese vom Staate gemieteten sozialdemokratischen Führer kein anderes Mittel, als das der Jagow und Oldenburg-Januschau. Da dies jedoch der gesamten Politik der deutschen Bourgeoisie entspricht, besteht durchaus die Möglichkeit, daß das herrliche sozialdemo-

kratische Berliner Beispiel im ganzen Reiche Schule macht und eine ganze Welle von Demonstrationsverboten von Berlin aus die Arbeiterschaft aller Bezirke heimsucht. Diese Gefahr, ein Demonstrationsverbot in diesem Jahre und in dieser Situation, hat mehr als lokale Bedeutung. Schon jetzt muß sich die Arbeiterschaft für eindrucksvolle Aufmärsche am 18. März und für machtvolle Demonstrationen unter den Losungen des Klassenkampfes am 1. Mai rüsten, daß kein Verbot eines Koalitionsmachers, kein Jagow'scher Straßenterror und kein sozialimperialistischer Gummifüßel die Massen daran hindern kann, ihre Forderungen der herrschenden Klasse und ihren Lafaien in die feisten Gesichter zu schleudern!

Berufung im Rundfunkprozeß

Berlin, 20. Februar. Der Verteidiger der 3 im Rundfunkprozeß verurteilten Kommunisten, Rechtsanwalt Dr. Apfel, hat gegen das Urteil des Schöffengerichts Berlin-Neukölln Berufung eingelegt. Unser Bild zeigt die drei tapferen „Verbrecher“, links im Hintergrund Dr. Karl Frank, vorn von links nach rechts: Rechtsanwalt Dr. Apfel, Gen. Scherlin, Gen. Werner Peute.



Schusterles „Menschlichkeit“

Die Diskussion über das Einreisegebot Trozki hat die ganze Erbarmlichkeit des Renegatenentums enthüllt. Die Presse der Panzerkreuzerbewilliger, der Erwerbslosenbetrüger und der Arbeiterkampfabwürger ist voll von heuchlerischen Ergüssen über „einfache Menschlichkeit“ dem „Opfer der bolschewistischen Diktatur“, Leo Trozki, gegenüber. Die „Dresdner Volkszeitung“, das feigste Organ sozialdemokratischer Verräter, wagt sich mit Begeisterung in dem Pfuhl sozialdemokratischer „Menschlichkeit“ gegen die bösen russischen Kommunisten. Dabei schreit sie vor der Aufnahme offensichtlich lügenhafter Meldungen nicht zurück. So veröffentlicht sie in der Dienststagnummer eine Mitteilung der „Republikanischen Zeitungs-Korrespondenz“, die in geradezu hider Form der Öffentlichkeit weiszumachen verliert, der russische Volkskammer Kremlinski verleihe, aus „Sorge um die deutsche kommunistische Partei“, die Einreise Trozki offiziell zu hintertreiben. Zwar glaubt die Redaktion der „Volkszeitung“ selbst den Schwindel nicht, denn sie überläßt wohlweislich in einer redaktionellen Bemerkung der betreffenden Korrespondenz die Verantwortung für den Schwindel, aber schmunzelnd druckt sie dennoch folgenden Satz ab:

„Wer aber will einem sozialdemokratischen Minister zugunsten, daß er seine einfache Menschenpflicht gegenüber einem politischen Verbannten verlegt, nur um der deutschen kommunistischen Partei einen Gefallen zu tun, die ihre Hauptaufgabe in der Bekämpfung eben dieser sozialdemokratischen Minister liegt?“

Außerordentlich bezeichnend ist dieser Satz für den Charakter des östlichen SPD-Blattes, dessen Parteileitung wiederholt diese „menschlich empfindenden“ Parteiminister als Bürgerblockpolitiker und Verräter an den Forderungen der Arbeiterschaft gekennzeichnet hat. Die Gefellen auf dem Bettlererpfad, wissen natürlich ganz genau, wozu es sich bei dieser „Menschlichkeit“ der SPD-Minister handelt. Derselben Minister, die kaltblütig den deutschen Erwerbslosen einen langjahren Hungerloch zu diktieren bereit sind, die skrupellos Jugendspiele und Mutterlehre der Ernährung aufopfern, dieselben Minister erweisen ihre „Menschlichkeit“ einem politischen Verbannten nur deshalb, weil es sich um ein der proletarischen Revolution entfremdetes Element handelt, das aus einem Revolutionär einen Konterrevolutionär gemacht hat und das bereit ist, in den Dienst der freischwebenden antibolschewistischen Pro-

paganda zu treten, und damit allein würdig wird der Verteidigung durch Arbeiterverräter vom Schläger der Müller, Wissell und Hifferding. Das sozialdemokratische Führerpaar erhofft von der Einreise des Verräters Trozki eine Entlastung seiner schwierigen Situation, in die es durch den offiziellen Verrat an den Wählermassen der Sozialdemokratie gebrängt worden ist. Darüber ist sich natürlich auch das Bürgergut klar, daß die plötzlich erwachte Menschlichkeit nur dem parteipolitischen Interesse der Sozialdemokratie entspringt. Hässlich lächelnd überschreibt deshalb die Dresdner deutsche nationale Zeitung „Dresdner Nachrichten“ ihre Trozki-Meldungen: „Menschlichkeit aus Parteieresse“, und läßt die Kasse aus dem Saal. Sie beantwortet die Frage, weshalb die Sozialdemokratie sich für Trozki einsetzt, folgendermaßen:

„Die Sozialdemokratie fördert deshalb den Gedanken eines Asylrechtes für Trozki in Deutschland, um die kommunistische Partei in noch größerer innerer Wirren zu kürzen, als sie ohnehin schon hat. Je größer das Chaos bei den Kommunisten ist, um so weniger ist die Sozialdemokratische Partei gefährdet. Das ist die einfache parteipolitische Ursache, hinter der sich die großmütige Geste des Herrn Löbe verbirgt.“

Daran ist zweifellos etwas richtig: Herrn Löbes Großmütigkeit und die Menschlichkeit der Herren Koalitionsmänner entspringt tatsächlich nur dem Wunsch der Entlastung von der Diskussion ihrer Anhänger über die eigenen Verbrechen. Daß die Herrschaften die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben, wird ihnen der weitere Verlauf der Parteiauseinandersetzungen in der KPD beweisen. Diese Diskussion über den Fall Trozki ist aber auch geeignet, jedem ehrlichen Arbeiter, auch dem sozialdemokratischen, die Augen zu öffnen über den Charakter der Elemente in der kommunistischen Internationale, die diese im Verlauf der Entwicklung abzuwandern gezwungen ist. Denn: wem so eifrig der Weg bereitet wird von Hermann Müller und Karl Seegering, wem solche Vorberückungen von prinzipienlosen Journalisten in den sozialdemokratischen Redaktionen gewonnen werden, nachdem er die Reihen der revolutionären Partei verlassen hat, der ist eben nur des Vertrauens sozialdemokratischer Koalitionspolitiker, nicht aber des ehrlichen Proletariats würdig!

Ein neuer Justizmord aufgedeckt!

7 Jahre Schuldis im Gefängnis

Köln, 21. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Vor dem Schöffengericht wurde gestern ein Justizmord aufgedeckt, der die Klassenjustiz kränzt. 2 Arbeiter haben den „Lüdenlosen Indizienbeweis“ eines Geschworenengerichts mit 7 und 5 Jahren ihres Lebens im Gefängnis bezahlen müssen. Sie wurden wegen eines Ueberfalles auf einen Kassenboten, bei dem 10 300 RM gefunden wurden, verurteilt. Trotzdem die beiden Arbeiter während dieser Jahre dauernd ihre Unschuld beteuerten, war es ihnen nicht möglich, ein Wiederaufnahmeverfahren zu erwirken. Jetzt wurden die beiden wirtlichen Täter bekannt. Sie waren in der getriggen Verhandlung gefällig und wurden mit Rücksicht darauf, daß die Tat fast 10 Jahre zurückliegt, zu 2,5 bzw. 1,5 Jahren Gefängnis verurteilt und ihnen Bewährungsfrist für einen bestimmten Teil der Strafe in Aussicht gestellt. In der Verhandlung gab der Staatsanwalt die platonische Erklärung ab, daß die beiden unschuldig Verurteilten Genugtuung erlangen würden.

Ein neues Schandblatt in der Geschichte der Arbeiterklasse ist aufgeschlagen. Wie immer wird die dritte Woge, deren Recht mit Büßen gettetet wird, brauchen, um darin lesen zu lernen?

B
KOSTLICH BILIG
Kreß
Anstalt
Ortiz
gand
intersport
Sprudel
hard
e
Anstalt